

Zumeldung zur LPK des Landesschülerbeirats

Stuttgart, 16.09.2026

Was Schülerinnen und Schüler fordern, fordern Eltern schon lange

- Kostenfreie Schülerbeförderung als gemeinsame Forderung
- Schulsozialarbeit und Schulpsychologie ausbauen
- Mitbestimmung stärken – vor den Entscheidungen

Der Landeselternbeirat (LEB) begrüßt den heute vorgestellten Offenen Brief des Landesschülerbeirats (LSBR) zum Schuljahr 2026/27. In zentralen Punkten decken sich die Forderungen mit Positionen, die der LEB seit Jahren vertritt. „Wenn Schülerinnen und Schüler und Eltern unabhängig voneinander zu denselben Forderungen kommen, sollte die Politik sehr genau hinhören“, erklärt Vanessa Scholz, Vorsitzende des LEB.

Das gilt zuerst für die kostenfreie Schülerbeförderung. Bereits in seinem Offenen Brief vom 31. März 2026 hat der LEB an diese jahrzehntealte Elternforderung erinnert: Gilt ein Unfall auf dem Schulweg als Schulunfall, muss auch die notwendige Fahrt mit Bus und Bahn kostenfrei sein. „Schule ist Pflicht – und was Pflicht ist, muss kostenfrei sein. Das gilt für die Lektüre genauso wie für das Busticket“, so Scholz.

Das kostenfreie letzte Kindergartenjahr begrüßen LEB und LSBR gleichermaßen – als richtigen Schritt, der konsequent weitergedacht werden muss.

Einig sind sich LEB und LSBR auch beim Personal: Schulsozialarbeit und Schulpsychologie gehören fest in den Schulalltag und müssen auskömmlich finanziert sein, auch an Schulen unter freier Trägerschaft. Das hat der LEB im Bildungspolitischen Hausaufgabenheft vom November 2025

Geschäftsstelle

Silberburgstraße 158
70178 Stuttgart

Telefonsprechstunde

Dienstag, Donnerstag
8:30 bis 12:00 Uhr

Vorstand

Vanessa Scholz
(Vorsitzende)
Susanne Balzer
Georg Beier
Jörg Vettermann
Chrissy Bach
Friedhelm Biene
Stephanie Wieland

Kontakt

Tel. 0711 741094
www.leb-bw.de
info@leb-bw.de

gefordert und im Juli gemeinsam mit dem LSBR bekräftigt – zur Ulmer Social-Media-Studie ebenso wie zum BaWü-Check. „Diese Fachkräfte dürfen nicht erst kommen, wenn es brennt. Wer hier kürzt, zahlt später einen viel höheren Preis“, betont Scholz.

Zur psychischen Gesundheit gehört auch, unnötigen Leistungsdruck aus dem System zu nehmen. Besonders spürbar ist er beim Übergang auf die weiterführende Schule: Für Navi4 BW hat der LEB deshalb eine klare Reihenfolge vorgeschlagen – erst die pädagogische Gesamtwürdigung und das Gespräch mit den Eltern, danach Kompass 4 und Potenzialtest. Das würde Kindern und Familien viel Druck nehmen.

Auch bei der Demokratiebildung ziehen Eltern und Schülerschaft an einem Strang: Politische Bildung darf nicht allein Sache der Gemeinschaftskunde sein, schulische Demokratie gehört verpflichtend in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Schulleitungen.

Die Forderung, die Schulkonferenz tatsächlich zum obersten Gremium zu machen, unterstützt der LEB nachdrücklich. Zuletzt wurde ihre Entscheidungshoheit bei der Umwandlung von Grundschulen in Ganztagsgrundschulen beschnitten. Ebenso begrüßt der LEB, die Beratungsgremien des Kultusministeriums stärker in die Arbeit des Bildungsausschusses einzubinden. „Beteiligung ist kein Feigenblatt. Eltern, Schülerinnen und Schüler müssen gehört werden, bevor entschieden wird – nicht erst, wenn die Paragraphen längst geschrieben sind“, erklärt Scholz.

Der LEB appelliert an die Landesregierung und Kultusminister Andreas Jung, die gemeinsamen Anliegen zum Maßstab für das neue Schuljahr zu machen. „Der Landesschülerbeirat will die Bildungspolitik am Schuljahresende benoten. Wir Eltern werden ebenso genau hinschauen, ob aus Ankündigungen Taten werden und die politischen Hausaufgaben gemacht sind“, so Scholz abschließend.

Für unsere Kinder.